



Amtsblatt

für den Landkreis Aurich und für die Stadt Emden



Herausgeber: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich

Nr. 26

Freitag, 27. Juni

2014

I N H A L T :

A. Bekanntmachungen des Landkreises Aurich

Jahresabschluss 2012 der Team Telematikzentrum GmbH 307

B. Bekanntmachungen der Gemeinden

Bekanntmachung über die Bauleitplanung der Stadt Norderney: Bebauungsplan Nr. 5 „Süd-, Südhoffstraße“, 1. Änderung..... 308

Satzung der Gemeinde Dornum über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung) 309

Hauptsatzung der Gemeinde Wirdum 315

Satzung der Gemeinde Wirdum über Aufwandsentschädigung und Ersatz von Auslagen und Verdienstausschluss..... 318

Bekanntmachung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Hage 319

C. Bekanntmachungen sonstiger öffentlicher Körperschaften

Friedhofsordnung für den Friedhof der Evangelisch-lutherischen Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen..... 321

Friedhofsgebührenordnung für den Friedhof der Evangelisch-lutherischen Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen..... 340

A. Bekanntmachungen des Landkreises Aurich

Jahresabschluss 2012 der Team Telematikzentrum GmbH

Gemäß § 34 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird ortsüblich bekannt gegeben, dass die Gesellschafterversammlung der Team Telematikzentrum GmbH, Norden, in ihrer Sitzung am 17.12.2013 den Jahresabschluss 2012 festgestellt und gleichzeitig der Geschäftsführung Entlastung erteilt hat.

Die Gesellschafterversammlung hat beschlossen, den Jahresverlust 2012 in Höhe von 49.850,66 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Jahresabschluss 2012 der Team Telematikzentrum GmbH wurde mit Einverständnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Flick GmbH, Aurich, geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat mit Datum vom 06.12.2013 folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die Gesellschaft wird wirtschaftlich geführt.“

Das Rechnungsprüfungsamt hat am 10.06.2014 bestätigt, dass sich ergänzende Feststellungen i. S. von § 32 Abs. 2 und 3 Satz 2 EigBetrVO zum uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nicht ergeben haben.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden in der Zeit vom 30.06.2014 bis 08.07.2014 im Kreis- haus Aurich, Fischteichweg 7-13, Zimmer 2.025, während der Dienststunden öffentlich ausgelegt.

Aurich, 18.06.2014

Landkreis Aurich

Der Landrat
Weber

B. Bekanntmachungen der Gemeinden

Bekanntmachung über die Bauleitplanung der Stadt Norderney: Bebauungsplan Nr. 5 „Süd-, Südhoffstraße“, 1. Änderung

Der Rat der Stadt Norderney hat am 08.04.2014 in öffentlicher Sitzung den o.g. Bebauungsplan nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem nachstehenden Übersichtsplan ersichtlich:



Geltungsbereich 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 5 „Süd-, Südhoffstraße“

Der Bebauungsplan tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (Vgl. § 10 Abs. 3 BauGB). Der Bebauungsplan kann einschließlich Begründung bei der Stadt Norderney, Am Kurplatz 3, 26548 Norderney während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Bebauungspläne einsehen und über deren Inhalte Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in §§ 39-42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen sind, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes nach § 214 Abs. 2 BauGB sowie Mängel des Abwägungsvorganges nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründeten Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Norderney, den 19.06.2014

Stadt Norderney

Der Bürgermeister
Ulrichs

**Satzung der Gemeinde Dornum
über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis
(Verwaltungskostensatzung)**

Auf Grund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit §2 und § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes(NKAG) vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S. 41) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Dornum in seiner Sitzung am 7. Mai 2014 folgende Verwaltungskostensatzung beschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten – im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2 Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 (Auslagen) nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3 Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Die Gebühr ist auf volle EURO festzusetzen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt,
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist, so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4 Rechtsbehelfsgebühren

- (1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so richtet sich die Gebühr nach Nummer 14 des Kostentarifs.
- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die aus Absatz 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v. H.
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Kosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5

Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für
 1. mündliche Auskünfte,
 2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen,
 - b) Besuch von Schulen, soweit nicht Zweitausfertigungen von Zeugnissen anzufertigen sind,
 - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
 - d) Jugendamtsurkunden nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz,
 - e) Nachweise der Bedürftigkeit,
 - f) Sozialversicherungs-, Sozialhilfe- und Jugendhilfesachen.
 3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,
 4. Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
 5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen
 - a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühren einem Dritten zur Last zulegen ist,
 - b) Kirchen und andere Religions und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken i. S. d. § 54 Abgabenordnung Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Lastzulegen ist.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer in den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.
- (3) Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.

§ 6

Auslagen

- (1) Werden beider Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit besondere Auslagen notwendig, so hat der Kostenschuldner sie ohne Rücksicht darauf, ob eine Gebühr zu entrichten ist, zu erstatten. Dies gilt nicht für besondere Auslagen bei der Bearbeitung eines Rechtsbehelfes, soweit diesem stattgegeben wird.
- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen; wird durch Bedienstete der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
 2. Gebühren für Telekommunikationseinrichtungen
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren,
 5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder an deren Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen.
- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und den Gebietskörperschaften im Lande werden, soweit gegenseitig verbürgt ist, Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 € übersteigen.

§ 7

Kostenpflichtiger

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet, wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat.
- (2) Kostenschuldner nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 8

Entstehung der Kostenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9

Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 10

Anwendung des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 11

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit dem am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verwaltungskostensatzung vom 11. Dezember 2001 sowie die Änderungssatzung vom 01.10.2004 außer Kraft.

Dornum, den 7. Mai 2014

Gemeinde Dornum

Bürgermeister
Hook

Gebührentarife zur Verwaltungskostensatzung ab

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag/€
1.	Vervielfältigungen	
1.1.	Kopien, schwarzweiß, je angefangene Seite	
1.1.1	im Format DIN A 4	0,25
1.1.2	im Format DIN A 3	0,50
1.2.	Kopien in Farbe, je angefangene Seite	
1.2.1	im Format DIN A 4	0,40
1.2.2	Im Format DIN A 3	0,90
1.3	Übermitteln von Schriftstücken per Fax	0,25
	<i>doppelseitige Kopien werden nach den o.a. Kostensätzen berechnet</i>	
2.	Amtl. Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise	
2.1	Beglaubigungen von Unterschriften	5,00
2.2	Beglaubigungen von Kopien/Abschriften je Seite	
2.2.1	der Erstaufbereitung	3,00
2.2.2	jede weitere Ausfertigung	2,00
3.	Akteneinsicht, Auskünfte	
3.1	Akteneinsicht (Überlassung von Akten) je Akte	14,00
3.1.1	zusätzlich bei der Versendung von Akten auf Antrag je Akte	8,00
3.1.2	Überlassung einschließlich Versendung von Akten eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens zur Abwicklung zivil- rechtlicher Ansprüche oder Interessen je Akte	11,00
4.	Aufnahme von Anträgen, sonstige Verwaltungstätigkeiten	
4.1	Schriftliche Aufnahme eines Antrages oder einer Erklärung, die von Privatpersonen zu deren Nutzung erwünscht wird (die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen ist ausgenommen) je angefangene Seite	12,00 bis 25,00
4.2	Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderem Aufwand verbunden sind je angefangene halbe Stunde	25,00
5.	Genehmigungen, Erlaubnisse und sonstige Amtshandlungen	
5.1	Genehmigungen, Erlaubnisse u. a. zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommenen Verwaltungstätigkeiten, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	150,00
5.2	Ausstellung von Bescheinigungen für sonstige genehmigungsfreie Bauvorhaben nach § 62NBauO	30,00
5.3	Stellungnahme zu Bauanträgen und Bauvoranfragen	30,00
5.4	Stellungnahme zu Verrohrungsanträgen	25,00
5.5	Stellungnahme zu Kleinkläranlagen	25,00

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag/€
6.	Bearbeitung von Bürgschaftsanträgen	
6.1	bis 5.000,00 Euro	16,00
6.2	jede weitere 5.000,00 Euro	8,00
7.	Vermögensverwaltung	
7.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten	
7.1.1	bis zu 5.000,00 Euro des Nominalbetrages des begünstigten Grundpfandrechtes oder des betroffenen Teilbetrages	20,00
7.1.2	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 Euro	10,00
7.2	Löschungsbewilligungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter	
7.2.1	bis zu 5.000,00 Euro des Nominalbetrages des begünstigten Grundpfandrechtes	20,00
7.2.2	Für jede weitere angefangenen 5.000,00 Euro	10,00
7.3	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte, die nicht unter Nr. 8.1 und 8.2 fallen	25,00
	<u>Anmerkung zu Ziffern 8.1 bis 8.3:</u> Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Erklärungen und Bewilligungen aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung.	
7.4	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch	25,00
8.	Zweitausfertigungen von Steuer- oder sonstigen Quittungen und Belegen	3,00
9.	Feststellungen aus Konten und Akten (insbesondere Soll-Ist-Vergleich)	
9.1	je angefangene halbe Stunde	25,00
9.2	Auswertungen, Statistiken, Leistungen und ähnliches mit EDV-Unterstützung (Bedienstete sowie Maschinenlaufzeit)	
9.2.3	je angefangene halbe Stunde	25,00
9.3	Bescheinigungen	
9.3.1	Über öffentliche Abgaben aktuelles Jahr sowie früherer Jahre (für jedes Jahr)	2,50
9.3.2	Feststellungen aus Konten und Akten	2,50
9.3.3	Feststellungen von Entleerungseinheiten aus dem Abfallentsorgungssystem	2,50
9.3.4	Übersendung von Steuerbescheiden oder ähnliche Aktenvorgänge (Anforderung einer Kopie/Zweitschrift etc.)	2,50
9.4	Erlaß eines Leistungsbescheides zur Beitreibung rückständiger Gebühren und Auslagen des Bezirksschornsteinfegermeisters durch die Verwaltungsbehörde	35,00
9.5	Ersatzstücke für verlorengegangene Hundesteuermarken	2,00

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Betrag/€
10.	Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlichen Ausschreibungen	
10.1	Für Leistungen mit einem überschlägig ermittelten Wert bis 50.000,00 €	20,00
10.2	bis 250.000,00 €	25,00
10.3	bis 500.000,00 €	30,00
10.4	für jede weitere angefangenen 500.000,00 €	20,00
11.	Erschließungsbeitragsbescheinigungen	
	bis zu 3 Ausfertigungen	15,00
	für jede weitere Ausfertigung	1,00
12.	Auszüge aus Bauleitplänen	
	0,2 m ²	4,00
	0,5 m ²	6,00
	1 m ²	10,00
	über 1 m ²	16,00
13.	Rechtsbehelfe	
	Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe, soweit nicht § 4 der Verwaltungskostensatzung anzuwenden ist und der Rechtsbehelf erfolglos bleibt oder der Rechtsbehelf Erfolg hat, die angefochtene Verwaltungstätigkeit aber aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist	25,00 bis 500,00
	Innerhalb dieses Rahmens sollte die Gebühr für Entscheidungen über Rechtsbehelfe gegen die Festsetzung von Verwaltungskosten in der Regel 10 v. H. der strittigen Kosten nicht übersteigen	

Hauptsatzung der Gemeinde Wirdum

Aufgrund des § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVB1. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 307), hat der Rat der Gemeinde Wirdum in seiner Sitzung am 22. April 2014 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1 Name, Bezeichnung, Rechtstellung

- (1) Die Gemeinde führt den Namen "Wirdum".
- (2) Die Gemeinde gehört der Samtgemeinde Brookmerland an.

§ 2

Hoheitszeichen, Dienstsiegel

- (1) Die Gemeinde Wirdum führt folgendes Wappen: Von Rot und Gold gespalten, vorn ein silberner, golden bewehrter Löwe, hinten ein blauer Abtsstab mit blauem Velum.
- (2) Das Dienstsiegel der Gemeinde Wirdum enthält das Wappen mit der Umschrift "GEM. Wirdum, LDKR. AURICH".

§ 3

Wertgrenzen für Ratsaufgaben

- (1) Über die Festlegung privater Entgelte nach § 58 Abs. 1 Nr. 8 NKomVG beschließt der Rat, wenn das jährliche Aufkommen den Betrag von 1.500,00 Euro voraussichtlich übersteigt.
- (2) Über Rechtsgeschäfte nach § 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG beschließt der Rat, wenn der Vermögenswert 5.000,00 Euro übersteigt.
- (3) Über Verträge der Gemeinde mit Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen oder mit dem Gemeindedirektor beschließt der Rat, wenn es sich nicht um Verträge aufgrund einer förmlichen Ausschreibung oder um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, deren Vermögenswert 2.500,00 Euro nicht übersteigt.

§ 4

Verwaltungsausschuss

Jedes Ratsmitglied ist berechtigt, an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer teilzunehmen.

§ 5

Bürgermeister

Sofern der Rat für die Dauer der Wahlperiode keinen anderen Beschluss fasst, führt der Bürgermeister nur den Vorsitz im Rat und im Verwaltungsausschuss und nimmt die repräsentative Vertretung der Gemeinde wahr.

§ 6

Vertreter des Bürgermeisters

Der Bürgermeister wird beim Vorsitz im Rat und im Verwaltungsausschuss sowie bei der repräsentativen Vertretung der Gemeinde durch den stellvertretenden Bürgermeister vertreten.

§ 7

Gemeindedirektor

- (1) Unter der Voraussetzung des § 5 werden die übrigen Aufgaben gem. § 106 Abs. 1 Satz 2 NKomVG vom Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Brookmerland wahrgenommen.
- (2) Allgemeiner Vertreter des Gemeindedirektors ist der allgemeine Vertreter des Samtgemeindebürgermeisters. Mit der weiteren Vertretung wird der Leiter des Haupt- und Schulamtes beauftragt. Darüber hinaus kann der Gemeindedirektor andere Bedienstete mit der Erfüllung bestimmter Verwaltungsaufgaben in seiner Vertretung beauftragen.

§ 8

Information der Einwohner, Einwohnerversammlungen

- (1) Der Bürgermeister oder der Gemeindedirektor unterrichten die Einwohner in öffentlichen Sitzungen des Rates bzw. über Pressemitteilungen über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde.
- (2) Der Bürgermeister oder der Gemeindedirektor sollen die Einwohner in Einwohnerversammlungen für die ganze Gemeinde oder für Teile des Gemeindegebietes rechtzeitig und umfassend über die Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde unterrichten. Dabei haben die Einwohner Gelegenheit zu Fragen und zur Meinungsäußerung und Anspruch auf Erörterung. Weitergehende Vorschriften über förmliche Beteiligungs- und Anhörungsverfahren bleiben unberührt.

§ 9

Beschwerden an den Rat

- (1) Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Gemeinderat zu wenden. Der Bürgermeister leitet an den Rat gerichtete Eingaben sowohl an diesen als auch an die sonst zuständige Stelle weiter. Der Rat kann die Erledigung dem Verwaltungsausschuss übertragen. Der Bürgermeister unterrichtet den Antragsteller über die Art der Erledigung.
- (2) Nicht ausdrücklich an den Rat gerichtete Anregungen oder Beschwerden erledigt die zuständige Stelle. Der Bürgermeister entscheidet über die Unterrichtung des Rates.

§ 10

Bekanntmachungen

- (1) Satzungen, Verordnungen, Genehmigungen von Flächennutzungsplänen sowie öffentliche Bekanntmachungen werden gem. § 11 Abs. 5 Nr. 1 NKomVG im Amtsblatt für den Landkreis Aurich und für die Stadt Emden verkündet bzw. bekannt gemacht. Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung oder Verordnung, so kann die Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie im Dienstgebäude der Samtgemeinde Brookmerland während der Dienststunden zur Einsicht ausgelegt werden. In der Satzung oder Verordnung wird der Inhalt dieser Bestandteile grob umschrieben.
- (2) Ortsübliche Bekanntmachungen der Gemeinde erfolgen durch Aushang im Bekanntmachungskasten und im Internet unter der Adresse www.marienhafe.de. Auf die Bereitstellung im Internet und auf die Internetseite ist im Ostfriesischen Kurier nachrichtlich hinzuweisen.
- (3) Gemeinderat und Verwaltungsausschuss behalten sich vor, im Einzelfall die Verwaltung zu beauftragen, die betroffenen Bürger direkt zu informieren.

§ 11

Funktionsbezeichnungen in weiblicher Form

Funktionsbezeichnungen, die in dieser Hauptsatzung oder in sonstigen Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen der Gemeinde in männlicher Form genannt sind, werden im amtlichen Sprachgebrauch in der jeweils zutreffenden weiblichen oder männlichen Sprachform verwendet.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Hauptsatzung der Gemeinde Wirdum vom 17. November 2011 außer Kraft.

Marienhafe, den 22. April 2014

Gemeinde Wirdum

Bürgermeisterin
Christine Trei

Gemeindedirektor
Gerhard Ihmels

Satzung der Gemeinde Wirdum über Aufwandsentschädigung und Ersatz von Auslagen und Verdienstaussfall

Aufgrund der §§ 10, 44 und 55 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 307), hat der Rat der Gemeinde Wirdum in seiner Sitzung am 22. April 2014 die Satzung über Aufwandsentschädigung und Ersatz von Auslagen und Verdienstaussfall beschlossen:

§ 1

- (1) Die gewählten Mitglieder des Gemeinderates erhalten für die Teilnahme an einer Rats-, Ausschuss- oder Fraktionssitzung ein Sitzungsgeld von 7,50 €. Außerdem wird der nachgewiesene Verdienstaussfall bis zu einem Höchstbetrag von 15,00 € je Stunde erstattet. Unselbstständig oder selbstständig Tätige, die keinen Verdienstaussfall geltend machen können, erhalten einen Pauschalstundensatz von 15,00 €, wenn sie nachweisen, dass ihnen im beruflichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder durch die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann. Wer ausschließlich einen Haushalt führt und keinen Verdienstaussfall geltend macht, erhält auf Antrag einen Pauschalstundensatz in Höhe von 15,00 €.
- (2) Neben dem Sitzungsgeld erhalten die gewählten Mitglieder des Gemeinderates eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 €. Diese Aufwandsentschädigung tritt neben den Ersatz des Verdienstaussfalls und des Pauschalstundensatzes nach Abs. 1; sie umfasst den Ersatz der notwendigen Auslagen einschließlich der Aufwendungen für eine Kinderbetreuung und inklusive der Kosten für Fahrten innerhalb der Samtgemeinde Brookmerland. Die Aufwandsentschädigung wird unabhängig vom Beginn und Ende der Tätigkeit jeweils für den ganzen Kalendermonat gewährt.
- (3) Entsteht aus der Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen gem. § 54 Abs. 2 NKomVG ein Verdienstaussfall, erstattet die Gemeinde diesen bis zum Höchstbetrag von 15,00 € je Stunde bzw. 80,00 € je Urlaubstag für max. fünf Tage in jeder Wahlperiode.

§ 2

Bei Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebietes, die auf Anordnung des Gemeinderates oder des Verwaltungsausschusses ausgeführt werden, erhalten die gewählten Rats- und Ausschussmitglieder eine Reisekostenvergütung nach den für Ehrenbeamte geltenden Bestimmungen des Bundesreise-

kostengesetzes. Daneben wird der nachgewiesene Verdienstaufschlag bis zu einem Höchstbetrag von 15,00 € je Stunde erstattet. Bei Dienstreisen des Bürgermeisters, des Gemeindedirektors und deren Vertreter wird eine Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz gezahlt.

§ 3

- (1) Neben dem Sitzungsgeld aus § 1 Abs. 1 dieser Satzung wird dem Bürgermeister der Gemeinde Wirdum anstelle der Entschädigung nach § 1 Abs. 2 monatlich im Voraus eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 270,00 € gezahlt. Führt der Vertreter des Bürgermeisters dessen Geschäfte ununterbrochen länger als einen Monat, so erhält er für die darüber hinausgehende Zeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 75 % des vorgenannten Betrages. Für die gleiche Zeit ermäßigt sich die Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters auf die Hälfte.
- (2) Die Fraktions- oder Gruppenvorsitzenden erhalten zusätzlich für jedes Fraktions- bzw. Gruppenmitglied eine Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 4,00 €.

§ 4

Der Gemeindedirektor erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 51,50 €. Die Aufwandsentschädigung seines allgemeinen Vertreters beträgt zwei Drittel des vorgenannten Betrages. Der Leiter des Haupt- und Schulamtes erhält als Vertreter für den stellvertretenden Gemeindedirektor und für die Erledigung von zugewiesenen gemeindlichen Aufgaben sowie die Teilnahme an Sitzungen der Gemeinde eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 40 % der Entschädigung des Gemeindedirektors.

§ 5

Funktionsbezeichnungen, die in dieser Satzung in männlicher Form genannt sind, werden im amtlichen Sprachgebrauch in der jeweils zutreffenden weiblichen oder männlichen Sprachform verwendet.

§ 6

Diese Satzung tritt am 1. Mai 2014 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung über Aufwands-, Verdienstaufschlag- und Auslagenentschädigung vom 22. November 2011 außer Kraft.

Marienhaf, den 22. April 2014

Gemeinde Wirdum

Bürgermeisterin
Christine Trei

Gemeindedirektor
Gerhard Ihmels

Bekanntmachung der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Hage

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung hat die vom Rat der Samtgemeinde Hage am 18.03.14 in öffentlicher Sitzung beschlossene Flächennutzungsplanänderung mit Verfügung vom 23.06.14 Az.:502.4-OL-21101-2-12/14-452008-020/689 aufgrund von § 6 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt.

C. Bekanntmachungen sonstiger öffentlicher Körperschaften

**Friedhofsordnung für den Friedhof der
Evangelisch-lutherischen Matthäus-Kirchengemeinde
Wallinghausen**

Der kirchliche Friedhof ist die Stätte, auf der die Gemeinde ihre Toten zur letzten Ruhe bettet.

Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen dafür, dass der Mensch vergänglich ist.

Er ist aber auch ein Ort für die Verkündung der Botschaft, dass Christus dem Tod die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird.

An der Gestaltung des Friedhofes wird sichtbar, inwieweit der Toten in Liebe gedacht wird und bei diesem Gedenken christlicher Glaube lebendig ist.

Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung eines christlichen Friedhofes ihren Sinn, ihre Richtung und Weisung.

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13.11.1973 (KABl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Evangelisch-lutherischen Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen (im Nachfolgenden als „Kirchenvorstand“ bzw. „Kirchengemeinde“ bezeichnet) folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

I - Allgemeine Bestimmungen

- § 1 - Geltungsbereich und Friedhofszweck
- § 2 - Rechtscharakter, Leitung und Verwaltung
- § 3 - Schließung und Entwidmung

II - Ordnungsvorschriften

- § 4 - Öffnungszeiten
- § 5 - Verhalten auf dem Friedhof
- § 6 - Dienstleistungen/Gewerbliche Tätigkeiten

III - Bestattungs-/Beisetzungsvorschriften

- § 7 - Anmeldung einer Bestattung/Beisetzung
- § 8 - Säрге / Urnen
- § 9 - Ruhezeit
- § 10 - Ausgrabungen und Umbettungen

IV - Grabstätten

- § 11 - Allgemeines
 - 11/01 - Geltungsbereich
 - 11/02 - Grabstätte / Grabstelle
 - 11/03 - Rechte an Grabstätten
 - 11/04 - Nutzungsrecht / Nutzungszeit
 - 11/05 - Übergang / Übertragung von Nutzungsrechten
 - 11/06 - Grabmaße
 - 11/07 - Ausheben der Gräber
 - 11/08 - Bestattungs-/Beisetzungsrechte
 - 11/09 - Arten von Grabstätten
- § 12 - Reihengrabstätten
- § 13 - Wahlgrabstätten
- § 14a – Gemeinschaftsgrabstätten
- § 14b – Begräbnisstätte „Sternenkinder“

V - Anlage und Pflege der Grabstätten

- § 15 - Anlegungsgrundsätze
- § 16 - Grabpflege, Grabbepflanzung, Grabschmuck
- § 17 – Vernachlässigung

VI - Grabmale und andere Anlagen

- § 18 - Errichtung und Änderung
- § 19 - Gestaltung und Standsicherheit
- § 20 - Entfernung
- § 21 - Grabmale mit Denkmalwert
- § 22 – Grabgewölbe

VII - Leichengebäude/Trauerräume

- § 23 - Leichenhalle
- § 24 - Friedhofskapelle
- § 25 - Trauerfeier in der Kirche

VIII - Schlussbestimmungen

- § 26 - Gebühren
- § 27 - Übergangsvorschriften
- § 28 - Inkrafttreten

Ausfertigung und Genehmigung

Hinweise

I - Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich und Friedhofszweck

(1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Kirchengemeinde in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst z.Z. folgende Grundstücke:

<u>Gemarkung</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück</u>	<u>Größe qm</u>
Wallinghausen	4	113/4 tlw.	
Wallinghausen	4	107/3	
Wallinghausen	4	111/6	
			Größe insgesamt: 22.693 qm

Ausdrücklich ausgenommen bleibt die Teilfläche außerhalb der Friedhofseinfassung, auf der die Kirche, das Pfarrhaus nebst Garten und das Gemeindehaus stehen. Eigentümerin des/der Grundstücke/s ist die Kirchengemeinde.

(2) Der Friedhof dient der Bestattung der Leichen bzw. der Beisetzung der Aschen der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Kirchengemeinde hatten sowie derjenigen, die bei ihrem Tode bereits ein Recht an einer bestimmten Grabstätte besaßen oder deren Bestattung bzw. Beisetzung in der Grabstätte einer anderen Nutzungsberechtigten Person nach den Regelungen des § 11/08 Abs. 2 möglich ist. Darüber hinaus dient der Friedhof auch der Bestattung bzw. Beisetzung von Fehlgeborenen und Ungeborenen gemäß § 2 des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes vom 08.12.2005, soweit ein Elternteil die Voraussetzungen entsprechend Satz 1 erfüllt. Zur Bestattung bzw. Beisetzung von Fehlgeborenen und Ungeborenen werden Grabstätten im Feld G angeboten. Die Bestattung bzw. Beisetzung anderer Personen bedarf der vorherigen Genehmigung des Kirchenvorstandes. Diese Genehmigung wird in der Regel dann erteilt werden, wenn die verstorbene Person eine besondere Beziehung zur Ev.-luth. Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen oder zu deren Ortschaften hatte.

§ 2

Rechtscharakter, Leitung und Verwaltung

(1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet.

(2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung, den kirchlichen Bestimmungen und den allgemeinen staatlichen Vorschriften.

(3) Mit der Wahrnehmung der laufenden Verwaltungsaufgaben hat der Kirchenvorstand das Evangelisch-lutherische Kirchenamt in Aurich in Zusammenarbeit mit einem/r jeweils vom Kirchenvorstand zu bestimmenden Friedhofsverwalter/in vor Ort beauftragt (gemeinsam im Folgenden als „Friedhofsverwaltung“ bezeichnet). Die zusätzliche Bildung eines Friedhofsausschusses ist möglich.

(4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung bzw. Beisetzung, einer Verleihung, Verlängerung oder Übertragung eines Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

(5) Der Kirchenvorstand führt Verzeichnisse der Grabstätten, der Nutzungsrechte, der Bestatteten und Beigesetzten sowie deren Ruhezeiten. Werden diese Verzeichnisse an verschiedenen Stellen bzw. von verschiedenen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen als Arbeitsexemplare geführt, gilt nur der im Kirchenamt gespeicherte Datenbestand als die einzige rechtsverbindliche Version aller Verzeichnisse.

(6) Der Kirchenvorstand kann einen in Ausführung dieser Friedhofsordnung rechtsverbindlichen Gestaltungsplan erstellen, in dem u.a. die Zulässigkeit bestimmter Grabarten oder Gestaltungen in den jeweiligen Friedhofsbereichen sowie die räumlichen und zeitlichen Regelungen für die Vergabe neuer Nutzungsrechte festgelegt werden.

§ 3

Schließung und Entwidmung

(1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile oder einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.

(2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen/Beisetzungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen, an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Berechtigten und auch die Art der

Bestattung oder Beisetzung. Nachträgliche Ausnahmen von diesen Einschränkungen kann der Kirchenvorstand im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.

(3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen und Beisetzungen nicht mehr vorgenommen werden.

(4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung kann erst ausgesprochen werden, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II - Ordnungsvorschriften

§ 4

Öffnungszeiten

(1) Der Friedhof ist während der eventuell an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten - in jedem Fall aber nur bei Tageslicht - für den Besuch geöffnet. Außerhalb dieser Zeiten ist das Betreten nicht gestattet.

(2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden. Dabei gilt der Friedhof auch ohne besonderen Hinweis im Einzelfall grundsätzlich dann und soweit als geschlossen, wie Witterungsverhältnisse wie z.B. Schnee und/oder Glatteis eine besondere Gefahr darstellen und entsprechende Räumarbeiten nicht rechtzeitig bzw. nicht in allen Teilbereichen des Friedhofes erfolgen.

(3) Sofern bei eventueller Schnee- und/oder Eisglätte die Wege auf dem Friedhof nur insoweit geräumt werden, wie dies für die notwendige Aufrechterhaltung des Friedhofszweckes erforderlich ist, geschieht die Benutzung nicht geräumter oder gestreuter Wege durch Friedhofsbesucher dann auf eigene Gefahr.

§ 5

Verhalten auf dem Friedhof

(1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, die Würde des Menschen oder die Ruhe der Toten verletzen oder die geeignet sind, politische Gedanken öffentlich zu verbreiten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofes untersagen. Kinder unter 12 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung und unter der Verantwortung Erwachsener betreten.

(2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:

a) das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art - ausgenommen sind Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer; ebenfalls nicht zugelassen sind Rollschuhe jeder Art, Rollbretter und ähnliche Sportgeräte; werden Fahrräder zum Transport von Arbeitsgeräten und Grabschmuck benötigt, sind diese zu schieben,

b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,

c) Foto-, Film- und Fernsehaufnahmen von Grabstätten und Grabdenkmälern und deren Verbreitung über den familiären Zweck hinaus - speziell das Einstellen in das Internet -. Ausnahmegenehmigungen bedürfen einer besonderen Begründung. Vom Verbot ausgenommen sind historisch wertvolle Grabdenkmäler, Denkmäler auf Grabstätten von Personen des öffentlichen Lebens sowie Ansichten des Friedhofes, sofern die Beschriftung des einzelnen Denkmals nicht lesbar ist. Foto-, Film-, Video-, Ton- und Fernsehaufnahmen während Trauerfeiern und Bestattungen/Beisetzungen sind auch zu privaten Zwecken nicht zugelassen. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Genehmigung des Kirchenvorstandes.

d) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD, u.a.) zu verteilen, ausgenommen solche, die im Rahmen der Bestattungs- bzw. Beisetzungsfeier notwendig und üblich sind,

e) Tiere mitzubringen (angeleinte Hunde werden geduldet, sofern gewährleistet ist, dass diese die Wege nicht verlassen und den Friedhof nicht verunreinigen),

- f) Abfälle außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze abzulegen,
 - g) Abfälle, die nicht auf dem Friedhof entstanden sind, mitzubringen und in den Einrichtungen des Friedhofes zu entsorgen,
 - h) Einrichtungen und Anlagen außerhalb der vorgesehenen Wege zu betreten,
 - i) Einrichtungen und Anlagen einschließlich der Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen,
 - j) zu lärmern und zu spielen,
 - k) den Friedhof für sportliche Betätigungen zu benutzen,
 - l) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe von Bestattungs- bzw. Beisetzungsfeiern - dazu gehört auch ein sich auf dem Friedhof bewegendes Trauerzug - Arbeiten auszuführen.
- (3) Der Kirchenvorstand kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden. Der Kirchenvorstand kann für die Ordnung auf dem Friedhof weitere Bestimmungen erlassen.
- (4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der Genehmigung des Kirchenvorstandes.

§ 6

Dienstleistungen / Gewerbliche Tätigkeiten

- (1) Eine dem Friedhofszweck dienende gewerbliche Tätigkeit durch Steinmetze, Bildhauer, Bestatter, Gärtner u.a. gilt grundsätzlich als zugelassen. Dienstleistungserbringer haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
- (2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer trotz vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat und ihm schriftlich mitgeteilt worden ist, dass die weitere gewerbliche Tätigkeit im Wiederholungsfall untersagt werden kann. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
- (4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern oder andere Friedhofsbesucher und -benutzer gefährden. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen bzw. bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung und Gefährdung Anderer ausgeschlossen ist. Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum (z.B. abgeräumte Grabsteine, Einfassungen, Fundamente und sonstigen Bauschutt) zurücklassen. Wird dies nicht beachtet, kann die Friedhofsverwaltung nach erfolgloser Aufforderung - im Wiederholungsfall oder bei unmittelbarer Gefahr auch ohne Aufforderung - die Entsorgung auf Kosten des Verursachers veranlassen. Geräte und Materialien der Dienstleistungserbringer dürfen nicht in oder an den Wasserstellen des Friedhofes gereinigt werden.
- (3) Dienstleistungserbringer haften dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III - Bestattungs-/Beisetzungs Vorschriften

Grundsätzlich gelten alle Bestimmungen dieser Friedhofsordnung in gleicher Weise für Erdbestattungen wie auch für Aschenbeisetzungen, sofern in der jeweiligen Bestimmung keine entsprechende Unterscheidung geregelt wird.

§ 7

Anmeldung einer Bestattung/Beisetzung

- (1) Die Inanspruchnahme des Friedhofes und seiner Einrichtungen für eine Bestattung/Beisetzung ist rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen mit den dort vorliegenden Formularen schriftlich anzumelden.
- (2) Bei fehlenden oder unvollständigen Unterlagen oder bei Zweifeln der Friedhofsverwaltung an der Berechtigung zur Ausübung eines Nutzungsrechts kann die Inanspruchnahme einer Grabstätte so lange verweigert werden, bis erforderliche und geeignete Unterlagen vollständig beigebracht sind bzw. die Berechtigung zur Ausübung des Nutzungsrechtes nachgewiesen ist. Etwaige Folgen oder Kosten aus einer dadurch möglicherweise entstehenden Verzögerung der Bestattung/Beisetzung gehen nicht zu Lasten der Kirchengemeinde oder der Friedhofsverwaltung.
- (3) Bei der Anmeldung der Bestattung/Beisetzung ist mitzuteilen, wenn eine andere Person als der/die zuständige Pastor/in die Bestattung/Beisetzung leiten und/oder weitere Personen dabei gestaltend mitwirken sollen. Ebenso ist mitzuteilen und ggfs. zu beantragen, wenn besondere oder unübliche Abläufe der Bestattung/Beisetzung und Trauerfeier vorgesehen sind. Dies gilt insbesondere für Bestattungen/Beisetzungen nach anderen als christlichen Ritualen und Abläufen.
- (4) Das Pfarramt des Friedhofsträgers kann nach Anhörung des Kirchenvorstandes Personen, die die Bestattung/Beisetzung leiten bzw. dabei gestaltend mitwirken sollen, ablehnen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan oder in anderer Weise gegen die Würde eines Friedhofes verstoßen haben und eine Wiederholung für möglich bzw. wahrscheinlich gehalten wird. Ebenso kann der Kirchenvorstand Handlungen und Rituale bei der Bestattung/Beisetzung und Trauerfeier untersagen, wenn sie gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche oder in anderer Weise gegen die Menschenwürde oder die Würde eines Friedhofes verstoßen.
- (5) Der Zeitpunkt der Bestattung/Beisetzung wird nach interner Regelung vom Kirchenvorstand, dem Pfarramt oder der Friedhofsverwaltung festgesetzt. Im Zweifelsfall entscheidet der Kirchenvorstand. Wünsche der Angehörigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

§ 8

Särge / Urnen

- (1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeitshemmenden Särgen zulässig. Von dieser Sargpflicht kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.
- (2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.
- (3) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind größere Särge erforderlich, ist dies der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung mitzuteilen.
- (4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidung gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.
- (5) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9

Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit ist die Dauer, während der grundsätzlich nicht in den Ruhebereich eines/einer Bestatteten/Beigesetzten eingegriffen werden darf.
- (2) Die Ruhezeit für Leichen beträgt bei Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr 25 Jahre, in allen anderen Fällen 20 Jahre.
- (3) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 20 Jahre.

§ 10

Ausgrabungen und Umbettungen

- (1) Die Totenruhe darf grundsätzlich nicht gestört werden. Die Entscheidung über eventuelle Ausgrabungen und Umbettungen liegt jedoch nach den maßgeblichen Gesetzen und Vorschriften außerhalb der Befugnisse des Friedhofsträgers bei staatlichen Dienststellen (untere Gesundheitsbehörde, richterliche Anordnung).
- (2) Sind nach diesen Bestimmungen Ausgrabungen genehmigt oder angeordnet worden, gelten für deren Ausführung folgende Regelungen:
 1. Die beabsichtigte Graböffnung und Ausgrabung ist bei der Friedhofsverwaltung anzumelden; dabei sind folgende Unterlagen vorzulegen:
 - 1.1. die von der zuständigen Behörde schriftlich ausgestellte Genehmigung bzw. richterliche Anordnung zur Graböffnung und Ausgrabung. Die Genehmigung hat auf die an der Grabstätte Nutzungsberechtigte Person zu lauten; ansonsten hat die an der Grabstätte Nutzungsberechtigte Person zusätzlich schriftlich ihre Zustimmung zu erklären.
 - 1.2. eine schriftliche Erklärung der an der Grabstätte Nutzungsberechtigten Person, dass alle aufgrund dieser Maßnahme entstehenden Kosten - dazu gehören auch die Kosten, die aufgrund dieser Ausgrabung durch eventuelle Beeinträchtigungen und Beschädigungen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen - von ihr übernommen werden.
 2. Es liegt in der Entscheidung der Friedhofsverwaltung, ob Mitarbeiter des Friedhofes für die Durchführung der Ausgrabungsarbeiten zur Verfügung stehen. Ansonsten hat die die Ausgrabung veranlassende Person selbst und auf eigene Kosten für Hilfskräfte zu sorgen. Die Bereitstellung von Arbeitsgerät ist mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen.
 3. Der Zeitpunkt der Ausgrabungsarbeiten ist mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen. Die Arbeiten dürfen nur im Beisein und unter der Aufsicht einer dafür von der Friedhofsverwaltung benannten Person vorgenommen werden, die auch hinsichtlich Grablage, Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen, Lagerung des Grabaushubs und sonstiger weiterer Friedhofsvorschriften weisungsbefugt ist. Deren Weisungen sind zu befolgen.
 4. Fremdarbeitsgeräte wie z.B. Bagger u.ä., von denen eine Beeinträchtigung der Friedhofsanlagen zu befürchten ist, dürfen nur mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf den Friedhof gebracht werden.
 5. Für das eventuelle Entfernen von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen trägt jegliches Risiko die die Ausgrabung veranlassende Person, im Zweifelsfall die an der Grabstätte Nutzungsberechtigte Person. Es wird empfohlen, sich der Hilfe von Fachpersonal (Steinmetz) zu bedienen.
 6. Das Entnehmen des Sarges bzw. der Urne darf nur im Beisein und unter fachlicher Verantwortung eines Bestattungsunternehmers erfolgen.
 7. Sofern die Genehmigungsbehörde in ihrem Bescheid keine oder keine andere Bestimmung getroffen hat, sind die Arbeiten außerhalb der Öffnungszeiten des Friedhofes abschließend auszuführen. Sofern dies nicht eingehalten werden kann oder trotz Schließung ein tatsächlicher Zugang für Unbefugte möglich ist, sind rechtzeitig weiträumige Absperrmaßnahmen vorzunehmen und deren Einhaltung sicherzustellen.
 8. Die Grabstelle ist nach Abschluss der Arbeiten wieder ordnungsgemäß zu verfüllen und sämtliche an der Umgebung der Grabstelle oder an Friedhofseinrichtungen entstandene Beeinträchtigungen zu beseitigen. Hinsichtlich der Wiederherrichtung der Grabstätte und deren Gestaltung gelten die allgemeinen Bestimmungen für den Friedhof bzw. den betroffenen Friedhofsbereich.

(3) Bei Ausgrabungen aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ersetzt die Anordnungsverfügung den Genehmigungsbescheid nach Absatz 2 Ziffer 1.1; die Erklärungen nach Absatz 2 Ziffer 1.1. Satz 2 und Ziffer 1.2. entfallen.

(4) Die Friedhofsverwaltung bzw. die von der Friedhofsverwaltung mit der Aufsicht beauftragte Person können die Arbeiten an der Grabstelle untersagen bzw. unterbrechen lassen, wenn Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht erfüllt sind bzw. Bestimmungen dieses Absatzes nicht befolgt werden oder erhebliche Abweichungen von eventuellen Auflagen der Genehmigungsbehörde erkannt werden.

(5) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Ausgrabung und Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(6) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes dem nicht entgegenstehen.

IV – Grabstätten

§ 11

Allgemeines

11/01 - Geltungsbereich

Diese nachfolgenden Bestimmungen haben für alle Grabstätten dieses Friedhofes Gültigkeit, sofern nicht in den speziellen Bestimmungen zu den jeweiligen Grabarten abweichende Regelungen festgelegt sind.

11/02 - Grabstätte / Grabstelle

(1) Eine Grabstätte ist ein bestimmter nach Lage und Größe festgelegter Teil des Friedhofes, der einer bestimmten nutzungsberechtigten Person für Bestattungs- und Beisetzungs Zwecke zur Verfügung steht. Eine Grabstätte bildet eine rechtliche Einheit und kann je nach Grabart aus einer oder mehreren Grabstellen bestehen.

(2) Eine Grabstelle ist der für die jeweilige Belegung vorgesehene Teil einer Grabstätte.

11/03 - Rechte an Grabstätten

(1) Alle Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Friedhofsordnung verliehen, jedoch kein Eigentum an Grund und Boden. Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte kann jeweils nur einer einzelnen Person (Nutzungsberechtigte/r) zustehen, jedoch nicht mehreren Personen zugleich.

(2) Rechte an einer neuen Grabstätte können nur beim Todesfall erworben werden, jedoch nur von Personen, die die Voraussetzungen nach § 1 Absatz 2 erfüllen. Der Kirchenvorstand kann Ausnahmen zulassen.

(3) Ein Anspruch auf Zuweisung des Nutzungsrechtes an einer Grabstätte einer bestimmten Grabart oder in bestimmter Lage besteht nicht. Maßgeblich sind die zur Verfügung stehenden freien Grabstätten. Ebenso besteht bei bereits bestehenden Nutzungsrechten an Grabstätten kein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

(4) Für den Erwerb des Nutzungsrechtes werden Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhoben.

11/04 - Nutzungsrecht / Nutzungszeit

(1) Das Nutzungsrecht beinhaltet Rechte und Pflichten der nutzungsberechtigten Person, die sich im Einzelnen aus den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung ergeben. Das Nutzungsrecht entsteht mit der Zulassung einer Bestattung bzw. Beisetzung in dieser Grabstätte, ansonsten aufgrund einer entsprechenden schriftlichen Bestätigung (Graburkunde/Gebührenbescheid/...) der Friedhofsverwaltung. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

(2) Die Nutzungszeit ist die Zeit, für die ein Nutzungsrecht an einer Grabstätte besteht.

(3) Die Dauer der Nutzungszeit, die Möglichkeiten zu deren Verlängerung sowie die sich aus dem Nutzungsrecht ergebenden Rechte und Pflichten der Nutzungsberechtigten Personen sind in den Bestimmungen zu den jeweiligen Grabarten geregelt.

11/05 - Übergang / Übertragung von Nutzungsrechten

(1) Die Nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in § 11/08 Abs. 2 genannten Personen übertragen. Zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der vorgesehenen neuen Nutzungsberechtigten Person sowie die Zustimmung der Friedhofsverwaltung erforderlich.

(2) Für eine Nachfolge im Nutzungsrecht nach dem Tode der Nutzungsberechtigten Person kann diese der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welche ihrer berechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung des Rechtsnachfolgers oder der Rechtsnachfolgerin ist nach Möglichkeit beizubringen.

(3) Hat die Nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht mit dem Zeitpunkt ihres Todes an die nach § 11/08 Abs. 2 berechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils zu diesem Zeitpunkt lebenden ältesten Person zu. Der betroffene Personenkreis hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen die familiären Verhältnisse zwecks Klärung der Rechtsnachfolge darzustellen. Ist der Rechtsnachfolger bzw. die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er bzw. sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in § 11/08 Abs. 2 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund seines bzw. ihres jetzt erhaltenen Nutzungsrechts nun berechtigt geworden ist. Für die Übertragung gilt Abs. 1 entsprechend.

(4) Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, die Richtigkeit von Erklärungen über familiäre Zusammenhänge und angeblich getroffene Vereinbarungen zu überprüfen; etwaige daraus entstehende Streitigkeiten sind zwischen den betroffenen Personen zu regeln. Bei unklarer Rechtslage oder bei Behinderung zu deren Feststellung durch den betroffenen Personenkreis kann die Friedhofsverwaltung über die betroffene Grabstätte ein vorläufiges Verfügungsverbot bis zur Klärung der Rechtsverhältnisse verhängen.

11/06 - Grabmaße

(1) Die Größe der Grabstätten und Grabstellen ergibt sich aus den Bestimmungen der jeweiligen Grabart und aus einem eventuellen Gestaltungsplan des Friedhofes. Es handelt sich dabei stets um die Maße für neu anzulegende Grabstätten und Grabstellen. Wo diese Maße bei bestehenden Grabstätten und Grabstellen nicht erreicht werden, bleibt es bei den bisherigen Grabmaßen, sofern diese im Einzelfall vertretbar sind.

(2) Die Mindesttiefe eines Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen durch mindestens 0,30 m starke Erdwände voneinander getrennt sein.

(3) Bei der Anlegung der Grabstätte, insbesondere bei der Anbringung einer festen Einfassung oder dem Aufstellen eines Grabmales, sind die Gestaltungsvorschriften und der Gestaltungsplan zu beachten. Im Zweifelsfall sind die Abmessungen der Grabstätte mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen. Bei falscher Anlegung der Grabstätte ohne eine derartige Abstimmung oder bei einer Anlegung entgegen evtl. erhaltener Anweisungen kann eine Änderung oder Beseitigung der angebrachten Anlagen entsprechend § 18 Abs. 2 verlangt werden.

11/07 - Ausheben der Gräber

(1) Gräber dürfen nur mit Auftrag der Friedhofsverwaltung und nur von Personen bzw. Dienstleistern ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür vom Kirchenvorstand bzw. der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind. Eventuell ortsübliche ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe oder dergleichen gilt dabei grundsätzlich als zugelassen, sofern eine gemäß Satz 1 benannte Person die verantwortliche Aufsicht führt.

(2) Vor Beginn der Arbeiten zum Ausheben des Grabes hat die nutzungsberechtigte Person eventuelles Zubehör der Grabstätte (Grabmal, Einfassung, bauliche Anlagen) auf ihre Kosten entfernen zu lassen. Über den Umfang bzw. das Erfordernis entscheidet die nach Abs. 1 verantwortliche Person, im Zweifelsfall die Friedhofsverwaltung. Kommt die nutzungsberechtigte Person dieser Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung diese Arbeiten auf Kosten der nutzungsberechtigten Person ausführen lassen oder das Ausheben des Grabes und damit ggfs. den vorgesehenen Bestattungstermin zurückstellen. Ein Anspruch auf unbeschädigte Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

(3) Für die vorübergehende Lagerung des Grabaushubes anlässlich einer Bestattung können bei Bedarf benachbarte Grabstätten in Anspruch genommen werden. Dabei wird auf vorhandene Bepflanzung, Grabmale und sonstige bauliche Anlagen (z.B. feste Grabumrandungen) Rücksicht genommen. Dort vorhandene Bepflanzung kann zum vorgenannten Zweck kurzfristig entfernt, pflanzengerecht gelagert und anschließend wieder eingebracht werden. Die betroffene nutzungsberechtigte Person hat diese vorübergehende Beeinträchtigung ihrer Grabstätte entschädigungslos zu dulden.

11/08 - Bestattungs-/Beisetzungsrechte

(1) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder eine Asche bestattet bzw. beigesetzt werden, sofern sich aus den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung zu bestimmten Grabarten keine anderen Regelungen ergeben. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig bei oder kurz nach der Geburt verstorbenes Kind oder zwei bis zum vollendeten 5. Lebensjahr verstorbene Kinder - auch Fehlgeborene und Ungeborene - können gemeinsam in einem Sarg oder nebeneinander in einer gemeinsamen Grabstelle bestattet werden.

(2) In einer Grabstätte dürfen die nutzungsberechtigte Person und folgende ihrer Angehörigen bestattet bzw. beigesetzt werden:

- a) Ehegatte/in sowie Lebenspartner/in nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft (diese Regelung gilt sinngemäß in allen Fällen dieser Friedhofsordnung, wenn der Begriff „Ehegatte“ benutzt wird)
- b) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten
- c) Enkel - in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Mütter oder Väter - sowie deren Ehegatten
- d) Eltern
- e) Geschwister sowie deren Ehegatten
- f) Stiefgeschwister sowie deren Ehegatten
- g) Großeltern
- h) die nicht unter Buchst. a) bis g) fallenden Erben

(3) Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, welche der berechtigten Personen bestattet bzw. beigesetzt wird. Kann nach dem Tode einer nach a) bis h) berechtigten Person die Entscheidung der an der Grabstätte nutzungsberechtigten Person nicht rechtzeitig vor der Bestattung bzw. Beisetzung erlangt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung bzw. Beisetzung im angenommenen Sinne der nutzungsberechtigten Person zuzulassen oder - wenn Zweifel an dieser Annahme bestehen - abzulehnen. Die nutzungsberechtigte Person kann diese Entscheidung der Friedhofsverwaltung später nicht anfechten. Die Bestattung bzw. Beisetzung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrages der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

11/09 - Arten von Grabstätten

(1) Folgende Arten von Grabstätten werden unterschieden:

- **Reihengrabstätten (§ 12)** als: Sargreihengrabstätten; Urnenreihengrabstätten; Rasenreihengrabstätten
- **Wahlgrabstätten (§ 13)** als: Sargwahlgrabstätten; Urnenwahlgrabstätten; Rasenwahlgrabstätten
- **Gemeinschaftsgrabstätten (§ 14a)**

In allen Grabarten für Säрге können Kindersarggrabstätten für bis zum vollendeten 5. Lebensjahr verstorbene Kinder sowie für fehlgeborene und ungeborene Kinder eingerichtet werden. Darüber hinaus wird auf dem Friedhofsgelände eine Begräbnisstätte „Sternenkinder“ vorgehalten (§14b).

(2) Die Zulässigkeit und Zuordnung bestimmter Grabarten auf die jeweiligen Abteilungen des Friedhofes ergibt sich aus dem Gestaltungsplan, den der Kirchenvorstand in Ausführung dieser Friedhofsordnung erstellen kann.

§ 12

Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Grabstätten, die nur im Todesfall und nur als Einzelgrab in dafür angelegten Feldern/Reihen der Reihe nach ausschließlich für die Dauer einer Ruhezeit vergeben werden. Reihengrabstätten werden in besonderen Friedhofsfeldern zusammengefasst. Das Nutzungsrecht kann über die erstmalige Vergabe hinaus nicht verlängert werden.

(2) Reihengrabstätten werden z.Z. nicht angelegt.

§ 13

Wahlgrabstätten

(1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten, an denen dem/der Nutzungsberechtigten Person gewisse Wahlmöglichkeiten hinsichtlich Lage, Anzahl der Grabstellen und Dauer des Nutzungsrechts bestehen, die allerdings durch die Bestimmungen dieser Friedhofsordnung sowie durch Rahmenvorgaben des Kirchenvorstandes eingeschränkt werden können.

(2) Wahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben als ...

a) Sargwahlgrabstätte,

je Grabstelle zur Bestattung einer Leiche von Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr oder 2 Kinderleichen bis zum 6. Lebensjahr (gilt auch für Tot- und Ungeborene), zusätzlich in jedem Fall zur Beisetzung von bis zu 2 Aschen. Sind in einer Grabstelle bereits Aschen oder eine Kinderleiche beigelegt bzw. bestattet worden, ist die Bestattung einer weiteren Leiche eines/r Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr ausgeschlossen, soweit dadurch in bereits bestehende Ruhebereiche eingegriffen werden müsste.

b) Kindersargwahlgrabstätte

je Grabstelle für die Bestattung bzw. Beisetzung ausschließlich von Leichen oder Aschen von verstorbenen Kindern bis zum vollendeten 5. Lebensjahr oder eines fehl- bzw. ungeborenen Kindes. Kinderwahlgrabstätten stehen nur in den Friedhofsabteilungen C und G zur Verfügung. Kinderwahlgrabstätten werden grundsätzlich nur mit einer Grabstelle ausgegeben. Die Belegung ist je Grabstelle nur mit einer Kinderleiche und 2 Kinderaschen zulässig. Die Größe der Grabstätten ergibt sich aus dem Belegungsplan der entsprechenden Friedhofsabteilungen.

c) Urnenwahlgrabstätte,

je Grabstelle zur Beisetzung von ausschließlich bis zu 2 Aschen. Urnengrabstätten werden in besonderen Feldern/Reihen angelegt. Maßgebend ist der Belegungsplan des Friedhofes.

d) Rasenwahlgrabstätte

für Särge bzw. Urnen entsprechend den vorstehenden Bestimmungen zu a) bis c). Die nachträgliche Umwandlung von Grabstätten gemäß a) bis c) in eine entsprechende Rasenwahlgrabstätte ist grundsätzlich möglich, erfordert aber die Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(3) Die Maße betragen für neu anzulegende Sargwahlgrabstätten in der Länge 2,20 m und in der Breite 1,10 m, bei Kindersargwahlgrabstätten mind. 1,00 m mal 0,75 m und bei Urnenwahlgrabstätten 1,00 m und in der Breite 1,00 m je Grabstelle. Diese Maße gelten grundsätzlich auch für Rasenwahlgrabstätten. Wo diese Maße nicht erreicht werden, bleibt es beim bisherigen Grabmaß. Im Einzelfall ist stets der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

(4) Hinsichtlich der Gestaltung der Grabstätten sind die Bestimmungen des Abschnittes V maßgebend.

(5) Die Dauer eines erstmalig verliehenen Nutzungsrechts beträgt bei Sarggrabstätten 25 Jahre, bei Urnenwahlgrabstätten 20 Jahre und bei Kindersargwahlgrabstätten 20 Jahre, jeweils vom Tage der Verleihung an gerechnet; sie gilt jedoch in allen Fällen der Beendigung im Ablaufjahr stets bis zum Jahresende.

(6) Die erforderlichen Ruhezeiten in einer Grabstätte bestimmen die Dauer der Nutzungszeit. Daher verlängern sich durch jede Bestattung bzw. Beisetzung innerhalb der Grabstätte die evtl. nicht ausreichende Nutzungszeit und damit auch das Nutzungsrecht bis zum Ablauf der längsten Ruhezeit, und zwar für die gesamte Grabstätte.

(7) Über die nach Abs. 6 erforderliche Nutzungszeit hinaus kann das Nutzungsrecht - mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Abs. 2 - auf Antrag der Nutzungsberechtigten Person um Zeiträume von jeweils 5 Jahren (5, 10, 15 Jahre usw.) verlängert werden, jedoch jeweils höchstens um die Zeit eines neuen Nutzungsrechtes gem. Abs. 5. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, bei Ablauf des Nutzungsrechts zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern, sondern kann über die anderweitige Vergabe frei verfügen. Der Kirchenvorstand kann in begründeten Fällen - z.B. bei planerischen oder gestalterischen Maßnahmen - Grabstätten von der Verlängerung ausschließen, die Verlängerung zeitlich begrenzen oder von der Einhaltung bestimmter Voraussetzungen abhängig machen.

(8) Das Nutzungsrecht an Wahlgrabstätten ohne aktive Ruhezeiten kann jederzeit zurückgegeben werden, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit. Die Rückgabe ist grundsätzlich nur für die gesamte Grabstätte zulässig; die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmeregelungen treffen. Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf irgendwelche Gebührenerstattung. Der Kirchenvorstand kann in Härtefällen Ausnahmen beschließen.

§ 14a

Gemeinschaftsgrabstätten

(1) Gemeinschaftsgrabstätten sind die Zusammenfassung einer Vielzahl von Grabstätten unterschiedlicher Nutzungsberechtigter zu jeweils einheitlichen Anlagen mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Die Grabstätten sind grundsätzlich für Leichen und Aschen vorgesehen. Einzelheiten und eventuelle Einschränkungen können im Rahmen eines Gestaltungsplanes geregelt werden. Die Gestaltungsbefugnis an Gemeinschaftsgrabstätten verbleibt bei der Kirchengemeinde.

(2) Innerhalb der Gemeinschaftsgrabstätte werden Einzelnutzungsrechte verliehen. Für die Vergabe dieser Einzelnutzungsrechte gelten grundsätzlich die allgemeinen Bestimmungen dieser Friedhofsordnung sowie die Bestimmungen über die Wahlgrabstätten - § 13 - mit folgenden besonderen Regelungen:

a) Es werden ausschließlich einstellige Grabstätten eingerichtet.

b) Es besteht kein Anspruch auf Zuteilung einer Grabstätte in bestimmter Lage. Hiervon ausgenommen werden kann die Zuteilung einer unmittelbar angrenzenden Grabstätte für den noch lebenden Ehepartner/Lebenspartner, wenn die Nutzungsrechte für diese beiden Grabstätten gleichzeitig erworben werden und die planerische Einteilung der Gesamtanlage dies zulässt. Die Dauer eines solchen Nutzungsrechtes an einer zunächst unbelegten Grabstätte ist dann bei späterer Belegung an die dann erforderliche Ruhezeit anzupassen.

c) Für die Nutzungsdauer gelten die Regelungen in § 13 Abs. 5; hinsichtlich der Verlängerung bzw. Rückgabe des Nutzungsrechtes sind die Bestimmungen des § 13 Abs. 6 bis 8 sinngemäß anzuwenden.

d) Die Einteilung und die Lage ergeben sich aus dem Gestaltungsplan. Bei den Sarg- und Kindersarggrabstätten betragen die Abmessungen in der Länge 2,05 m und in der Breite 1,00 m, innerhalb einer Sargstelle werden 8 Urnenstellen in 2 Reihen zu je 4 Stellen eingerichtet.

e) In den Grabstätten dieser Anlage können über die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 hinaus auch Aschen von Personen beigesetzt werden, die bei ihrem Ableben ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb einer sonstigen unmittelbar an die Kirchengemeinde angrenzenden Kirchengemeinde hatten, sofern auf dem dort jeweils zuständigen Friedhof keine vergleichbare Grabart angeboten wird.

f) Die Gemeinschaftsgrabstätte wird vom Friedhofsträger gestaltet und dauernd gepflegt. Die Grabstätten werden als Rasenflächen angelegt. Die Lage der einzelnen Grabstätten wird nicht kenntlich gemacht; sie ergibt sich lediglich aus den Friedhofsverzeichnissen. Die Anbringung von Markierungen jeglicher Art durch die Nutzungsberechtigte Person oder Angehörige ist nicht zulässig. Die Gemeinschaftsgrabstätte erhält ein für alle Grabstätten gemeinsames Denkmal. Der Vorname und der Name,

evtl. auch der Geburtsname, sowie das Geburts- und Sterbedatum der Bestatteten und Beigesetzten werden auf den dafür vorgesehenen Einrichtungen in einheitlicher Form angebracht. Darüber hinausgehende Einträge sind nicht zugelassen. Die Eintragung wird von der Kirchengemeinde ggfs. in gesammelter Form, möglichst jedoch zum Ende des Kirchenjahres, veranlasst. Grabschmuck ist nur an den dafür besonders vorgesehenen Plätzen abzulegen. Das spätere Abräumen erfolgt durch die Friedhofsmitarbeiter. Das Ablegen von Grabschmuck direkt auf der Grabstelle ist mit Ausnahme des erstmaligen Schmuckes anlässlich der Bestattung/Beisetzung nicht zulässig; er kann von den Friedhofsmitarbeitern abgeräumt und entfernt werden. Der Kirchenvorstand ist zur Aufbewahrung abgeräumter Gegenstände (z.B. Pflanzschalen und dergl.) nicht verpflichtet.

g) Ansprüche auf Nutzungsrechte ohne sofortige Inanspruchnahme für eine Bestattung/Beisetzung und ohne Ausweisung einer konkreten Grablage können erworben werden, indem ein Betrag in Höhe der Erwerbsgebühr für die gewünschte Grabstättenart dem Kirchenvorstand zur treuhänderischen Verwahrung übergeben wird. In diesem Fall erfolgt die Zuweisung der tatsächlichen Lage innerhalb der Gemeinschaftsgrabstätte erst bei tatsächlicher Inanspruchnahme für eine Bestattung/Beisetzung oder zu einem früheren Zeitpunkt auf Antrag der Nutzungsberechtigten Person. Mit dieser örtlichen Zuweisung einer Grabstätte (Vergabe einer Grab-Nr./Grablagebezeichnung) erfolgt die Umwandlung des bis dahin bestandenen Anspruches in ein tatsächliches Nutzungsrecht, für welches damit dann auch der Lauf der Nutzungszeit beginnt. Demzufolge ist ein solches Nutzungsrecht dann bei einer eventuell erst späteren Belegung durch Verlängerung gem. § 13 Abs. 6 an die erforderliche Ruhezeit anzupassen. Der treuhänderisch überlassene Betrag wird vom Kirchenvorstand im Rahmen der allgemeinen Friedhofsmittel verwahrt. Der Kirchenvorstand kann in der Friedhofsgebührenordnung Bestimmungen treffen über eine eventuelle Nachforderung, wenn nach einer bestimmten Laufzeit noch keine Umwandlung in ein tatsächliches Nutzungsrecht erfolgt ist und der hinterlegte Betrag erheblich unter den dann aktuellen Gebühren bleibt. Bei einer eventuellen Rückforderung oder Rückzahlung des hinterlegten Betrages vor der Umwandlung in ein konkretes Nutzungsrecht kann eine Kostenpauschale einbehalten werden.

§ 14b

Begräbnisstätte „Sternenkinder“

- (1) Der Kirchenvorstand hält zur würdigen Bestattung von nicht bestattungspflichtigen Tot- und Fehlgeburten sowie Föten aus Schwangerschaftsabbrüchen (§ 2 Abs. 3 Niedersächsisches Bestattungsgesetz (BestattG)) die Begräbnisstätte „Sternenkinder“ vor. Ein Anspruch auf Bestattung besteht nicht.
- (2) An der Begräbnisstätte „Sternenkinder“ werden keine Nutzungs- oder Gestaltungsrechte – gleich welcher Art – verliehen. Die Begräbnisstätte wird einheitlich von der Friedhofsverwaltung angelegt und gepflegt.
- (3) Auf der Begräbnisstätte „Sternenkinder“ werden nur Aschen beigesetzt. Über Ort und Zeitpunkt der Bestattung entscheidet die Friedhofsverwaltung.
- (4) Die Ruhezeit beträgt 20 Jahre.
- (5) Kerzen, Grablichter und Blumenschmuck dürfen nur an der dafür vorgesehenen Stelle aufgestellt werden. Nicht gestattet ist die Ablage persönlicher Erinnerungstücke (Kuscheltiere, etc.).
- (6) Der Kirchenvorstand kann Ausnahmen zulassen und Aufgaben auf Dritte, auch Vereine übertragen.

V - Anlage und Pflege der Grabstätten

Dieser Abschnitt V gilt für alle Grabstätten des Friedhofes, sofern nicht für bestimmte Grabarten oder Friedhofsbereiche ausdrücklich abweichende Bestimmungen gefasst sind.

§ 15

Anlegungsgrundsätze

(1) Grabstätten sind innerhalb von 3 Monaten nach der Belegung durch die Nutzungsberechtigte Person als Grabstätte erkennbar herzurichten und zumindest für die Dauer bestehender Ruhezeiten angemessen instand zu halten. Die Art der Herrichtung wird in den Bestimmungen der jeweiligen Grabart geregelt. Werden Nutzungsrechte ohne sofortige Belegung im Voraus erworben oder überschreitet das Nutzungsrecht den Ablauf aller Ruhezeiten, ist diese Herrichtung bzw. Erhaltung als erkennbare Grabstätte nicht zwingend erforderlich; der Kirchenvorstand kann für die Pflege derartiger Flächen jedoch besondere Gebührenregelungen treffen.

(2) Grabstätten sind so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt werden. Grabstätten sind ebenerdig anzulegen, allenfalls geringfügig höher als das Niveau der angrenzenden oder nächsten Wege. Auf Dauer angelegte Grabhügel sind nicht zulässig.

(3) Bei der Anlegung einer Grabstätte darf die zulässige Grabstättengröße nicht überschritten werden. Gärtnerische und sonstige Anlagen außerhalb dieser Abmessungen sind den Inhabern von Grabnutzungsrechten nicht gestattet, sondern ausschließlich dem Friedhofsträger vorbehalten. In der Länge wird die Anlegung der Grabstätte ab Oberkante („kopfseitig“) auf 2,00 m begrenzt. Der dadurch verbleibende Teil der Grabstätte darf weder eingefasst noch bepflanzt werden; er wird vom Friedhofsträger gestaltet. Bei bereits vorhandenen Grabstätten ist dieses verkürzte Maß bei nächster Gelegenheit, in jedem Fall aber bei einer weiteren Bestattung/Beisetzung in der Grabstätte oder bei einer Verlängerung des Nutzungsrechtes herzustellen.

(4) Rasenwahlgrabstätten nach § 13 Abs. 2 Buchst. d werden als Grünfläche ohne jegliche Bepflanzung und im Einzelnen ohne Einfassung angelegt. Die laufende Pflege erfolgt durch den Friedhofsträger. Dazu gelten im Einzelnen folgende Bestimmungen:

a) neu anzulegende Grabstätten

1. Die Rasengrabstätte muss mindestens für die Dauer der Ruhezeit als Grabstätte erkennbar sein.
2. Ein Einfassen der Grabstätte in jeglicher Form ist nicht zulässig.
3. Die Rasengrabstätte ist innerhalb von 3 Monaten nach dem Abräumen des Grabschmuckes und dem Einebnen des Grabhügels von der Nutzungsberechtigten Person kopfseitig mit einer auf einem Fundament liegenden Grundplatte zu versehen, deren Abmessungen in der Tiefe 0,50 m und in der Breite 1,00 m betragen muss. Die Oberkante dieser Platte muss das Niveau der Erdoberfläche um ca. 5 cm überragen. Hinsichtlich des Materials dieser Platte gelten § 16 Abs. 5 Sätze 2 und 3 entsprechend. Die Platte kann insbesondere bei mehrstelligen Grabstätten aus mehreren gleichen Teilen bestehen.
4. Die Grundplatte kann von der Nutzungsberechtigten Person weiter ausgestaltet werden und sollte mit Vor- und Nachname sowie Geburts- und Sterbedatum des/der Bestatteten direkt beschriftet werden; es kann darauf aber auch stattdessen ein Grabmal nach den entsprechenden allgemeinen Bestimmungen dieser Ordnung aufgesetzt werden. Die Platte ist dann entsprechend den Anforderungen an die Standsicherheit des Grabmals zu fundamentieren.
5. Jeglicher Grabschmuck ist auf dieser Platte abzulegen und nicht auf der Rasenfläche.
6. Die restliche Fläche der Grabstätte ist von der Nutzungsberechtigten Person mit Rasen einzusäen.

b) Umwandlung bestehender Grabstätten

Bei der einer bisher angelegten und bepflanzten Wahlgrabstätte in eine entsprechende Rasengrabstätte kann ein bereits vorhandenes Grabmal bei Beachtung der Bestimmungen des § 19 bestehen bleiben, wobei die Breite der Platte dann dem geltenden Grabmaß entsprechen muss. Ansonsten gelten die Bestimmungen wie zu a)

(5) Die Gestaltung von Gemeinschaftsgrabstätten ist in § 14a geregelt.

§ 16

Grabpflege, Grabbepflanzung, Grabschmuck

(1) Für die Anlage und Pflege der Grabstätten ist die jeweils nutzungsberechtigte Person zuständig; die Anlage und Pflege der Rasengrabstätten und Gemeinschaftsgrabstätten obliegt der Friedhofsverwaltung. Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, Vorkehrungen zur Verhütung von Schäden durch fremde Personen und durch Tiere zu treffen. Er haftet auch nicht für derartige Schäden.

(2) Grabstätten dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht gestört oder beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von hochwachsenden Gehölzen ist nicht gestattet. Sträucher dürfen nur angepflanzt werden, wenn sie ihrer Art nach eine Höhe von ca. 2,00 m nicht überschreiten werden. Ansonsten sind sie bei Überschreiten auf diese Höhe zurückzuschneiden oder zu entfernen. Die Bepflanzung darf seitlich nicht über die Grabstättengröße hinauswachsen. Sind auf einer Grabstätte ausnahmsweise z.B. mit Zustimmung des Kirchenvorstandes oder aufgrund früherer Zulässigkeit oder Duldung Bäume und/oder Büsche vorhanden, die die vorstehend festgelegte maximale Höhe überschreiten, andererseits aber das Gesamtbild des Friedhofes entscheidend prägen, kann der Kirchenvorstand die Rechte an solche Grabstätten mit Einschränkungen belegen, indem diese Objekte nur mit Zustimmung des Kirchenvorstandes entfernt oder entscheidend verändert werden dürfen.

(3) Grabbepflanzung und Grabschmuck dürfen nur aus natürlichen Pflanzen bestehen. Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Stoffe dürfen in Kränzen, Gebinden und Gestecken und in sonstigem Grabschmuck und bei der Grabeinfassung sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwandt werden bzw. sie dürfen ebenso wie Verpackungsmaterial und Transportbehälter aus diesen Stoffen (z.B. Tragebeutel, Paletten, Töpfe u.ä.) nicht in die Friedhofsabfälle gelangen, sondern sind mitzunehmen, soweit keine entsprechende Entsorgungsmöglichkeit angeboten wird. Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln für Grabmale und andere Anlagen ist nicht gestattet. Unansehnliche Behälter für Schnittblumen wie z.B. Blechdosen, Glasbehälter und Flaschen o.ä. sollen möglichst nicht verwandt werden; sie sind zumindest durch Einlassen in die Erde unsichtbar zu halten. Zu entfernende Pflanzen und unansehnlich gewordener Grabschmuck sind an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen. Eine evtl. vorgesehene Abfallsortierung ist zu beachten.

(4) Grabeinfassungen können aus natürlichen Pflanzen oder festem Material bestehen, sofern in besonderen Gestaltungsvorschriften bestimmter Grabarten oder Friedhofsbereiche nicht etwas Anderes bestimmt ist. Natürliche Pflanzen sind durch Beschneiden innerhalb der Grababmessungen und möglichst niedrig zu halten. Feste Einfassungen sind nur aus Naturstein und vergleichbaren Stoffen zugelassen, die handwerksgerecht von einem Steinmetz hergestellt bzw. bearbeitet wurden. Feste Einfassungen sollen in Material und Gestaltung eine harmonische Einheit mit einem eventuellen Grabmal bilden.

(5) Grabvollabdeckungen und -teilabdeckungen aus festem Material - das sind Grabplatten sowie das Belegen der Grabstätten mit Zierkies - sind bis zu 2/3 der Grabfläche zugelassen. Grababdeckungen aus Splitt oder ähnlichen Stoffen anstelle einer Bepflanzung sind nicht zugelassen. Dies gilt nicht für die Abteilungen J, K und L. Sollen solche Abdeckungen trotzdem aufgebracht werden, dürfen diese nur aus Naturstein bestehen. Abdeckungen mit anderen festen Materialien sind nicht zugelassen. Beim Belegen der Grabstätte mit Kies anstelle einer Bepflanzung darf kein luft- und wasserundurchlässiger Unterbau angelegt werden.

(6) Der/Die Nutzungsberechtigte darf gärtnerische und sonstige Anlagen außerhalb der Grabstätte nicht anlegen oder verändern.

(7) Bänke oder Stühle auf Grabstätten sind nicht zulässig.

§ 17

Vernachlässigung

(1) Wird eine Grabstätte nicht den Vorschriften entsprechend angelegt oder über einen längeren Zeitraum oder wiederholt derart in der Pflege vernachlässigt, dass der Gesamteindruck dieses Friedhofsbereiches darunter leidet, oder wachsen Pflanzen über die Größe der Grabstätte hinaus oder wird die zulässige Höhe der Bepflanzung überschritten, wird die Nutzungsberechtigte Person oder - wenn eine solche nicht vorhanden ist - eine/r der nächsten Angehörigen zur Beseitigung der Mängel in angemessener Frist schriftlich aufgefordert, die Grabstätte innerhalb einer gesetzten Frist in Ordnung zu bringen.

(2) Werden die beanstandeten Mängel nicht in der gesetzten Frist beseitigt, kann die Friedhofsverwaltung die Beeinträchtigungen auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person beseitigen oder die Grabstätte einebnen und begrünen lassen. Die Pflege solcher eingeebneten und begrünter Grabstätten erfolgt bis zu einer möglichen Neuanlegung durch die Nutzungsberechtigte Person durch den Friedhofsträger auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person. Grabmale werden dabei nach Möglichkeit unter Beachtung der an die Standsicherheit zu stellenden Anforderungen erhalten. Der Kirchenvorstand ist darüber hinaus berechtigt, das Nutzungsrecht an der Grabstätte ohne Entschädigung einzuschränken oder bei nicht belegten Grabstätten auch zu entziehen, sofern die Nutzungsberechtigte Person unter Darlegung der Gründe und unter Fristsetzung hierauf hingewiesen wurde.

(3) Ist die Nutzungsberechtigte Person nicht bekannt nicht oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege bzw. zur Beseitigung der Mängel hingewiesen. Außerdem kann die unbekannt Nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert werden, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleiben die öffentliche Aufforderung oder der Hinweis auf der Grabstätte länger als 3 Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung entsprechend Abs. 2 verfahren.

(4) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck kann entsprechend den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 verfahren werden.

VI - Grabmale und andere Anlagen

Alle Bestimmungen dieses Abschnittes gelten gleichermaßen für stehende Grabmale wie auch für liegende Platten z.B. auf Rasengrabstätten, sofern sie nicht ausschließlich auf stehende Grabmale angewandt werden können.

§ 18

Errichtung und Änderung

(1) Grabmale dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung des Kirchenvorstandes errichtet oder verändert werden. Die Genehmigung ist vor Aufstellung oder Änderung beim Kirchenvorstand schriftlich zu beantragen. Dem Antrag ist eine Zeichnung in einem geeigneten Maßstab beizufügen, aus der im Besonderen die Anordnung von Schrift und Symbol sowie alle wesentlichen Teile erkennbar sind. Die Erteilung der Genehmigung setzt die Beachtung der Bestimmungen über die Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen - § 19 - voraus. Die Genehmigung ist während der Arbeiten auf dem Friedhof mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn auf einem bereits vorhandenen Grabmal anlässlich einer weiteren Belegung lediglich zusätzliche Angaben in gleicher Ausführung wie die vorhandene Beschriftung angebracht werden sollen.

(2) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals nicht der genehmigten Zeichnung und ist sie auch nicht genehmigungsfähig, setzt der Kirchenvorstand der Nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals. Nach ergebnislosem Ablauf dieser Frist kann der Kirchenvorstand das Grabmal auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person entfernen lassen. Gleiches gilt auch bei nicht ordnungsgemäßer Gründung und Befestigung des Grabmales. Die Nutzungsberechtigte Person hat keinen Anspruch auf Erstattung oder sonstige Entschädigung für etwaige vor Erteilung der Genehmigung oder in Abweichung von der Genehmigung erbrachte Leistungen. Nach Aufforderung zur Abholung solcher entfernter Grabmale und

einer erfolglosen Frist von 1 Monat gelten die Bestimmungen des § 20 Abs. 3 entsprechend.

(3) Die Errichtung und Veränderung von festen Grabeinfassungen sowie aller sonstigen baulichen Anlagen (Abdeckungen und Teilabdeckungen) im üblichen Umfang - sofern nicht besondere gestalterische Bestimmungen dem entgegenstehen - bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Kirchenvorstandes. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

§ 19

Gestaltung und Standsicherheit

(1) Grabmale und andere Anlagen sind so zu gestalten, dass sie keine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Sie dürfen sich ferner in ihrer Gestaltung nicht gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche oder in anderer Weise gegen die Menschenwürde und die Würde eines Friedhofes richten. Dies gilt gleichermaßen auch für eventuelle Symbole. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite in unauffälliger Weise angebracht werden. Bei der Größe der Grabmale ist auf die Größe der Grabstätte Rücksicht zu nehmen. Es sind folgende Höchstmaße einzuhalten: Höhe: 1,20m, bei einer einstelligen Grabstätte 1,00 m, jeweils von der Erdoberfläche außerhalb der Grabstätte gemessen; Breite: bis zu 2/3 der Grabstättenbreite (maximal eines Doppelgrabes). Das Grabmal soll sich harmonisch in das Gesamtbild des betroffenen Friedhofsbereiches eingliedern. Hinsichtlich des Standortes des Grabmales kann der Kirchenvorstand besondere Regelungen treffen. Grabmale aus anderen Materialien als Naturstein oder aus Holz (z.B. aus Zementmasse, Glas, Porzellan, Emaille, Blech, usw.) und Grabmale mit Anstrich – ausgenommen einer Holzimprägnierung - sind nicht gestattet.

(2) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Richtlinie des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks (BIV)“. Die BIV-Richtlinie gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.

(3) Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu erhalten. Hierfür ist die nutzungsberechtigte Person verantwortlich. Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, ist die für die Unterhaltung verantwortliche nutzungsberechtigte Person verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten der nutzungsberechtigten Person für den Einzelfall geeignete Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festgesetzten angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der nutzungsberechtigten Person zu entfernen. Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte für die Dauer von einem Monat.

§ 20

Entfernung

(1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf der Nutzungszeit nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

(2) Nach Ablauf der Nutzungszeit sind Grabmale und sonstige Anlagen innerhalb einer Frist von 3 Monaten, spätestens jedoch innerhalb einer nach Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung gesetzten Frist durch die bisherige nutzungsberechtigte Person von der Grabstätte und vom Friedhof zu entfernen. Dazu gehören insbesondere auch Fundamente und eventuelle sonstige nicht sichtbare Teile baulicher Anlagen. Ausgenommen bleiben Grabmale und Anlagen, die gemäß § 21 für den Friedhof bzw. die Allgemeinheit als erhaltenswert festgestellt worden sind. Nach Ablauf dieser Fristen kann der Kirchenvorstand die Räumung der Grabstätte und Entfernung der Grabmale und sonsti-

gen Anlagen auf Kosten der bisher nutzungsberechtigten Person veranlassen. Ist die nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf der Grabstätte für die Dauer von drei Monaten.

(3) Die Friedhofsverwaltung ist zur Aufbewahrung solcher abgeräumter Grabmale und sonstiger Anlagen nicht verpflichtet. Der Friedhofsträger hat keinen Ersatz für diese Grabmale und sonstige Anlagen zu leisten.

§ 21

Grabmale mit Denkmalwert

Grabmale mit allgemeinem Denkmalwert werden nach Möglichkeit von der Kirchengemeinde erhalten. Einzelfälle werden durch Kirchenvorstandsbeschluss festgestellt.

§ 22

Grabgewölbe

Grabgewölbe, Urnenkammern und Mausoleen dürfen nicht gebaut werden. Sind solche Anlagen bei Inkrafttreten dieser Ordnung vorhanden, so sind sie von der nutzungsberechtigten Person in einem ordnungsgemäßen und verkehrssicheren Zustand zu erhalten oder zu beseitigen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen dieser Ordnung über Mängel an Grabmalen und deren Beseitigung entsprechend

VII - Leichengebäude/Trauerräume

§ 23

Leichenhalle

(1) Die Leichenkammern dienen zur Aufnahme von Leichen bis zu deren Bestattung oder Überführung an einen anderen Ort. Der Kirchenvorstand kann in besonderen Fällen das Betreten untersagen oder besondere Einschränkungen anordnen.

(2) Auf Wunsch der Angehörigen kann ein Sarg, sofern keine Bedenken bestehen, in der Leichenhalle von einem Beauftragten der Friedhofsverwaltung oder dem/r zuständigen Bestatter/in geöffnet werden. Särge sollen spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier geschlossen werden.

(3) Bei einer verstorbenen Person, die im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei der der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat, oder bei Bedenken wegen des Zustandes der Leiche kann das Betreten der Leichenkammer sowie das Öffnen des Sarges von einer schriftlichen Zustimmung der unteren Gesundheitsbehörde abhängig gemacht werden.

(4) Die Bestimmungen des § 7 Abs. 1 und 2 sind für die Benutzung der Leichenhalle/Leichenkammern sinngemäß anzuwenden. Der Benutzerkreis ist abweichend von § 1 grundsätzlich nicht auf die Kirchengemeinde beschränkt.

§ 24

Friedhofskapelle

(1) Für die Trauerfeier steht die Friedhofskapelle zur Verfügung.

(2) Die Friedhofskapelle wird von der Kirchengemeinde ausgestattet. Veränderungen an Inventar und Ausstattung mit Ausnahme des üblichen Trauerschmuckes sind nicht zugelassen.

(3) § 23 Abs. 3 gilt entsprechend auch für die Freigabe der Friedhofskapelle zur Aufstellung eines solchen Sarges.

(4) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen. Die Bestimmungen des § 7 Abs. 1 sind für die Benutzung der Friedhofskapelle sinngemäß anzuwenden. Der Benutzerkreis ist abweichend von § 1 nicht auf die Kirchengemeinde beschränkt.

§ 25

Trauerfeier in der Kirche

(1) Für verstorbene Mitglieder der Kirchengemeinde und für verstorbene Personen, die zum Zeitpunkt ihres Todes Mitglied einer der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e.V. angehörenden Kirche oder kirchlichen Gemeinschaft waren, steht für die Trauerfeier anstelle der Friedhofskapelle die Kirche zur Verfügung.

(2) Die Bestimmungen § 24 Abs. 2 und 3 gelten gleichermaßen. Hinsichtlich der Gestaltung im Altarraum kann der Kirchenvorstand weitere Bestimmungen treffen.

(3) Der Kirchenvorstand kann in Abstimmung mit dem Pfarramt bei fehlenden Voraussetzungen nach Abs. 1 in begründeten Fällen Ausnahmen für die Benutzung der Kirche zulassen.

VIII - Schlussbestimmungen

§ 26

Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen werden Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhoben.

§ 27

Übergangsvorschriften

Diese Ordnung gilt für alle bestehenden Nutzungsrechte.

§ 28

Inkrafttreten

Diese Friedhofsordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung, frühestens jedoch am 01.07.2014 in Kraft. Gleichzeitig treten die Bestimmungen bisheriger Friedhofsordnungen der Kirchengemeinde außer Kraft, soweit in § 27 keine besondere Regelung erfolgt ist.

Ausfertigung und kirchenaufsichtliche Genehmigung:

Die vorstehende Friedhofsordnung wurde beschlossen durch den Kirchenvorstand der Ev.-luth. Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen am 03.06.2014.

Sie wird hiermit ausgefertigt und gemäß § 66 Abs. 7 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Für den Kirchenkreisvorstand des Ev.-luth. Kirchenkreises Aurich:

Aurich, den 25.06.2014

Ev.-luth. Kirchenamt in Aurich

Friedhofsgebührenordnung für den Friedhof der Evangelisch-lutherischen Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen

Gemäß § 5 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (KABl. 1974 S. 1) und § 26 der Friedhofsordnung für den Friedhof der Ev.-luth. Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen hat der Kirchenvorstand folgende Friedhofsgebührenordnung beschlossen:

§ 1 - Allgemeines

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sowie für sonstige in § 6 aufgeführte Leistungen der Friedhofsverwaltung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2 - Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner der Benutzungsgebühr ist,
 1. wer die Bestattung oder sonstige gebührenpflichtige Leistung nach dieser Ordnung beantragt oder durch ihm zurechenbares Verhalten ausgelöst hat,
 2. wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erworben oder verlängert hat,
 3. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Gebührenschuldner der Verwaltungsgebühr ist,
 1. wer die Verwaltungshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebührenschuld gegenüber der Friedhofsverwaltung durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder wer für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (3) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 3 - Entstehen der Gebührenpflicht

- (1) Bei Grabnutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld bereits mit der Begründung des Nutzungsrechtes für die gesamte Nutzungsdauer der Grabstätte oder bereits mit der Verlängerung des Nutzungsrechtes für den Zeitraum der gesamten Verlängerung der Grabstätte.
- (2) Bei sonstigen Benutzungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Inanspruchnahme der jeweiligen gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Bei Verwaltungsgebühren entsteht die Gebührenschuld mit der Vornahme der Verwaltungshandlung.

§ 4 - Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung zu Gebühren erfolgt durch schriftlichen Bescheid. Die Gebühren sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zu zahlen.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann die Benutzung des Friedhofes untersagen und Leistungen verweigern, sofern ausstehende Gebühren nicht entrichtet worden sind oder eine entsprechende Sicherheit nicht geleistet ist.

§ 5 – Säumniszuschläge, Kosten, Einziehung rückständiger Gebühren

- (1) Werden Gebühren nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 % des abgerundeten rückständigen Gebührensatzes erhoben werden; abzurunden ist auf den nächsten durch 50,00 € teilbaren Betrag.
- (2) Für schriftliche Mahnungen sind die entstandenen Portokosten durch den Gebührenschuldner oder die Gebührenschuldnerin zu erstatten.
- (3) Rückständige Gebühren, Säumniszuschläge sowie Kosten nach Absatz 2 werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Die Kosten der Vollstreckung hat der Vollstreckungsschuldner oder die Vollstreckungsschuldnerin zu tragen.

§ 6 - Gebührentarif

I. Gebühren für die Verleihung von Nutzungsrechten an Grabstätten:

1. Neuerwerb-je Grabstelle

1.1. einer Wahlgrabstätte

1.1.1. Sarg, für 25 Jahre:----- 700,00 €

1.1.2. Kindersarg, für 20 Jahre:----- 160,00 €

1.1.3. Urne, für 20 Jahre:----- 280,00 €

1.2. in einer Gemeinschaftsgrabanlage

beinhaltet die Gebühr für die Verleihung des Nutzungsrechtes, die Ablösung der Friedhofsunterhaltungsgebühr sowie die Kosten für Denkmalinschrift und Grabstättenpflege.

1.2.1. Sarggrabstelle, für 25 Jahre:----- 1.750,00 €

1.2.2. Urnengrabstelle, für 20 Jahre:----- 800,00 €

1.3. einer Rasengrabstätte

Die Gebühr beinhaltet die Verleihung des Nutzungsrechtes, die Anlegung der Grabstätte als Grünfläche und deren laufenden Pflege sowie die Ablösung der Friedhofsunterhaltungsgebühr:

1.3.1. Wahlgrab Sarg, für 25 Jahre:----- 1.400,00 €

1.3.2. Wahlgrab Urne, für 20 Jahre:----- 740,00 €

2. Verlängerung - für jedes Jahr je Grabstelle -

2.1. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.1.1.:----- 28,00 €

2.2. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.1.2.:----- 8,00 €

2.3. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.1.3.:----- 14,00 €

2.4. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.2.1.:----- 57,00 €

2.5. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.2.2.:----- 27,00 €

2.6. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.3.1.:----- 56,00 €

2.7. für eine Grabstätte gem. Ziffer 1.3.2.:----- 37,00 €

Die Gebühr für die Verlängerung einer Grabstätte gem. Ziffer 1.2.1., 1.2.2., 1.3.1. und 1.3.2. beinhaltet die Gebühr für das Nutzungsrecht, die Pflege sowie die Friedhofsunterhaltungsgebühr.

3. Überschreitet bei zusätzlicher Beisetzung einer Urne in einer bereits belegten Wahlgrabstätte die neue Ruhezeit die bisherige Nutzungszeit, wird eine Gebühr nach vorstehenden Sätzen unter Ziffer 2. für jedes Jahr der Anpassung an die neue Ruhezeit erhoben, bei mehrstelligen Grabstätten für jede Stelle.

4. Wiedererwerbe und Verlängerungen von Nutzungsrechten sind nur in vollen Kalenderjahren und nur in den nach § 13 Abs. 7 der Friedhofsordnung vorgegebenen Zeitabschnitten möglich.

5. Die Inanspruchnahme der Begräbnisstätte „Sternenkinder“ erfolgt gebührenfrei.

II. Gebühren für Dienstleistungen:

1. für das Ausheben und Schließen des Grabes

1.1 für einen Sarg ab 6. Lj.:----- 300,00 €

1.2 für einen Kindersarg:----- 150,00 €

1.3 für eine Urne:----- 120,00 €

2. für die Ausgrabung eines Sarges oder einer Urne erfolgt eine Abrechnung nach Umfang des Aufwandes nach § 6 Abschnitt VI.

III. Nutzungsgebühren:

1. Benutzung der Friedhofskapelle (pro Benutzungsfall): ----- 260,00 €
2. Benutzung einer Ruhekammer (pro Benutzungsfall):----- 65,00 €

IV. Friedhofsunterhaltungsgebühr:

pro Jahr je Grabstelle:----- 18,00 €

V. Sonstige Gebühren:

1. Genehmigung
 - 1.1. zur Errichtung oder Änderung eines Grabmales
(inkl. der lfd. Kontrolle der Standsicherheit): ----- 21,00 €
 - 1.2. einer festen Grabeinfassung: ----- 10,00 €
2. Verwaltungstätigkeiten auf Antrag/Veranlassung durch Friedhofsnutzer
(z.B. Umschreibung des Nutzungsrechtes, Änderung einer bestehenden Grabart, ...):----- 10,00 €
3. Zusätzlicher o. besonderer Arbeitsaufwand
- je angefangene ½ Stunde -: ----- 10,00 €
4. Pflegepauschale für nicht angelegte bzw. vernachlässigte Grabstätten
(gem. § 15 Abs. 1 u. § 17 Abs. 2 der Friedhofsordnung) – je Grabstätte
und Jahr: ----- 10,00 €
5. Abräumen und Einebnen einer Grabstelle:----- 10,00 €
6. Entsorgung Grabeinfassung / Grabmal: ----- 10,00 €
7. Rasengrabpflege bei Umwandlung (zzgl. Friedhofsunterhaltungsgebühr)
 - 7.1 je Sargstelle und Jahr:----- 10,00 €
 - 7.2 je Urnenstelle und Jahr: ----- 5,00 €

VI. - Zusätzliche Leistungen

Für besondere oder zusätzliche Leistungen, die im Gebührentarif nicht vorgesehen sind, setzt der Kirchenvorstand die zu entrichtende Vergütung von Fall zu Fall nach dem tatsächlichen Aufwand fest. Zusätzlich kann der Kirchenvorstand die Erstattung von dadurch entstandenen Sachkosten und Auslagen festsetzen.

§ 7 – Vorausleistungen

Vorausleistungen auf die Friedhofsunterhaltungsgebühr Ziffer IV - auf freiwilliger Basis - werden als treuhänderische Hinterlegung behandelt und die entsprechende Grabstätte von der jeweiligen Hebung ausgesetzt, solange dieses Treuhandkonto einen positiven Bestand aufweist.

§ 8 - Schlussvorschriften

(1) Diese Friedhofsgebührenordnung tritt nach ihrer Genehmigung am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung, jedoch frühestens am 01.07.2014 – hinsichtlich der Friedhofsunterhaltungsgebühr Ziffer IV frühestens am 01.01.2015 in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Friedhofsgebührenordnung treten die bisherigen Bestimmungen über Friedhofsgebühren außer Kraft

Ausfertigung und kirchenaufsichtliche Genehmigung:

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung wurde beschlossen durch den Kirchenvorstand der Ev.-luth. Matthäus-Kirchengemeinde Wallinghausen am 03.06.2014

Sie wird hiermit ausgefertigt und gemäß § 66 Abs. 7 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Für den Kirchenkreisvorstand des Ev.-luth. Kirchenkreises Aurich:

Aurich, den 25.06.2014

Ev.-luth. Kirchenamt in Aurich

Herausgeber: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 – 13 , 26603 Aurich

Bezugspreis: Jährlich 51,- € inkl. Mehrwertsteuer und Portokosten.

Einzelexemplar: 1,00 € inkl. Mehrwertsteuer und Portokosten.

Redaktionsschluss jeweils Mittwoch, 13.00 Uhr für den Erscheinungstag Freitag der Woche.

Manuskripte für die Bekanntmachung sind an das Kreistagsbüro des Landkreises Aurich, Fischteichweg 7 – 13, 26603 Aurich, Telefon (04941)16 1014 zu senden.

Laufender Bezug des Amtsblattes nur durch den Landkreis Aurich.